

## Warum es die Konzernverantwortungsinitiative braucht

Vorwürfe nach Sektoren<sup>1</sup>



- Rohstoffsektor: 29 %
- IT-Sektor: 16 %
- Konsumgüter (inkl. Textilien): 15 %
- Finanzdienstleistungen: 10 %
- Nahrungsmittel/Getränke: 8 %
- Infrastruktur: 8 %
- Schwermaschinenbau: 6 %
- Pharma/Chemie: 5 %
- Andere: 3 %

Ob Shell in Nigeria, Dow Chemical in Bhopal oder Modemarkenfirmen in Billiglohnländern: Seit Jahrzehnten gibt es unzählige Fälle, wie Unternehmen Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören. Schweizer Firmen sind hier keine Ausnahme. Eine Studie, welche Zahlen des Business & Human Rights Resource Centre auswertete, belegt dies.<sup>2</sup> Das Zentrum dokumentiert auf seiner Website ([business-humanrights.org](http://business-humanrights.org)) seit zehn Jahren Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen an Unternehmen und gibt diesen Gelegenheit, darauf zu reagieren. Es ist die weltweit umfangreichste Sammlung solcher Berichte, aber auch hier sind längst nicht alle Vorkommnisse erfasst, sondern nur jene, die von Betroffenen, Nichtregierungsorganisationen oder Medien ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden. Ein Blick auf die primär betroffenen Branchen zeigt: Menschenrechtsverletzungen kommen gehäuft in Sektoren vor, in denen Schweizer Firmen stark vertreten sind, allen voran im Rohstoffsektor.

Die folgenden Fallbeispiele zeigen, wie Schweizer Konzerne in Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung verwickelt sind – und was die Konzernverantwortungsinitiative ändern würde.

### Glencore im Kongo: Verschmutzte Flüsse



Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore verschmutzt mit seiner Fabrik Luilu Gewässer in der Demokratischen Republik Kongo. Die Analyse von Proben aus dem Canal Albert und dem Fluss Pingiri zeigten, dass diese Wasserläufe hohe Kupfer- und Kobalt-Konzentrationen aufweisen. Diese liegen ein Vielfaches über den im Gesetz festgelegten und laut der Weltgesundheitsbehörde noch zulässigen Grenzwerten: Die Belastung mit Kupfer liegt bis zu sechs Mal über den Grenzwerten, bei Kobalt sogar bis zu 53 Mal. Offenbar genügen die Gegenmassnahmen von Glencore nicht - und das hat verheerende Folgen: Im Fluss Luilu leben keine Fische mehr, und die einstigen Weideflächen entlang des Flusses gleichen „verbrannter Erde“. Die Bewohnerinnen und Bewohner flussabwärts können das Wasser weder für ihre täglichen Bedürfnisse noch für das Bewässern der Felder nutzen.

Zudem liegt eine Mine von Glencore (Mutanda Mining in der Region Basse-Kando) in einem Jagdschutzgebiet, in dem das Gesetz ausdrücklich jegliche Bergbautätigkeit verbietet. Dennoch hat Mutanda Mining eine Konzession erhalten und treibt das Projekt voran, ohne diesen Widerspruch zu klären. Darüber hinaus hat das Abwasser der Mine mehrere Äcker der Kleinbauern im Naturschutzgebiet verseucht und den Kando-Fluss verschmutzt, in dem Nilpferde leben.

### Was würde die Konzernverantwortungsinitiative ändern?

Die Initiative würde Glencore verpflichten, ihre gesamten Aktivitäten im Kongo einer Sorgfaltsprüfung zu unterziehen. Hätte Glencore diese ernst genommen, hätte der Konzern in Luilu eine wirksame Abwasserreinigungsanlage gebaut, um die Umweltverschmutzung vollständig zu verhindern. Bei der Mutanda-Fabrik hätte Glencore Auffangbecken bauen müssen, um zu vermeiden, dass verunreinigtes Abwasser in das Naturschutzgebiet ausgetragen wird.

Mehr Infos : [www.brotfueralle.ch/glencore/](http://www.brotfueralle.ch/glencore/)

**Valcambi: Kinderarbeit in Goldminen**



Foto: Pep Bonet

Die Schweiz ist weltweit führend bei der Raffinierung von Gold. Firmen mit Sitz in der Schweiz importieren jedes Jahr Gold in der Grössenordnung von 70 Prozent der weltweiten Produktion. Im September 2015 veröffentlichte Public Eye (damals noch als „Erklärung von Bern“) einen [Bericht](#) über die Verarbeitung von acht Tonnen Gold aus Togo durch die Tessiner Raffinerie Valcambi. Wichtiges Detail: Togo produziert gar kein Gold. Tatsächlich stammt dieses Edelmetall aus Burkina Faso, wo es in kleingewerblichen Minen gefördert wird. Die Arbeitsbedingungen der Schürfer sind menschenverachtend und 30 – 50 Prozent der dort Arbeitenden sind Kinder. Das Gold wurde nach Togo geschmuggelt – wodurch Burkina Faso wichtige Einnahmen verlor – von dort nach Genf exportiert, um schliesslich im Tessin veredelt zu werden. Die Goldraffinerie Valcambi hält sich nach eigenen Angaben bei ihrer Herkunftsprüfung des Rohstoffs an strenge Standards wie die OECD-Leitsätze [„zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten“](#).

*Was würde die Konzernverantwortungsinitiative ändern?*

Wäre die Konzernverantwortungsinitiative schon in Kraft, wäre Valcambi, wie alle anderen Raffinerien, dazu verpflichtet, die Herkunft des Goldes abzuklären. Die problematische Förderung des Goldes wäre rasch ans Licht gekommen. Bereits die Tatsache, dass das Gold nicht aus Togo kommen kann, weil dort gar kein Gold gefördert wird, hätte die Alarmglocken läuten lassen müssen.

Mehr Infos: [www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)

**Missbräuchliche Kinderarbeit auf Kakaoplantagen**



Foto: Kim Naylor

Während die Wertschöpfungskette in der Schokoladenindustrie von immer weniger Grosskonzernen dominiert wird, leben Westafrikas Kakaobäuerinnen und -bauern in immer extremerer Armut. Eine Kakao anbauende Familie in der Elfenbeinküste, dem Hauptproduktionsland des Schoggi-Rohstoffs, müsste heute viermal mehr verdienen, um auch nur die offizielle Armutsgrenze von 2 Dollar Tageseinkommen zu erreichen. Wegen dieser Dumping-Einkommen können sich die Familien keine Erntehilfen und andere Arbeitskräfte leisten. Und deshalb arbeiten über eine halbe Million schulpflichtiger Kinder unter missbräuchlichen Bedingungen auf Kakaoplantagen von Kleinproduzenten, statt in die Schule zu gehen.

Mit knapp 11 Kilogramm pro Kopf und Jahr ist die Schweiz hinter Deutschland auf Platz 2 im weltweiten im Schokoladenkonsum. „Schoggi“, ist auch eines der bekanntesten und beliebtesten Schweizer Exportprodukte. Kein Wunder haben fünf der weltweit grössten Schokoladeproduzenten und Kakaoverarbeiter sowie -händler hierzulande ihren Hauptsitz: Nestlé in Vevey, Mondelez (ehemals Kraft Foods) in Zürich (europäischer Hauptsitz), Lindt&Sprüngli in Kilchberg, Barry Callebaut in Dübendorf und Ecom Agroindustrial in Pully.

*Was würde die Konzernverantwortungsinitiative ändern?*

Die Annahme und Umsetzung der Initiative würde gleich lange Spiesse schaffen. Alle Firmen des Kakaosektors wären verpflichtet, Sorgfaltsprüfungen durchzuführen und missbräuchliche Kinderarbeit zu verhindern. Letzteres etwa durch weitergehende Transparenz in der Produktionskette, die nachweisliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen auf den Kakaofarmen und dadurch, dass Kakaobauernfamilien schliesslich ein existenzsicherndes Einkommen erhalten. Schweizer Hersteller oder Verarbeiter von Schokolade müssten auf eine bessere Rückverfolgbarkeit der Kakaobohnen und bessere Produktionsbedingungen hinwirken.

Mehr Infos: [www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)

### **Giftiger Treibstoff für Afrika**



Foto: Carl De Keyzer – Magnum

Luftverschmutzung ist in afrikanischen Städten ein gravierendes Umweltproblem. Für den schädlichen Feinstaub in der Luft sind zu einem grossen Teil Fahrzeugabgase verantwortlich. Deren Schadstoffausstoss ist deshalb so hoch, weil die Treibstoffe sehr viel Schwefel enthalten, der Katalysatoren und Partikelfilter zerstört.

Public Eye hat in acht Ländern den Schwefelgehalt in Diesel analysiert und herausgefunden, dass er bis zu 378 Mal höher ist, als in Europa erlaubt. Zudem enthält er weitere gesundheitsschädigende Substanzen in Mengen, die in Europa ebenso verboten sind.

Die hohe Luftverschmutzung hat gravierende Folgen für die Gesundheit der betroffenen Menschen. Wird der Schwefelgehalt im Treibstoff nicht gesenkt, werden alleine im Jahr 2030 schätzungsweise 31'000 Menschen in Afrika vorzeitig sterben. Das sind dreimal mehr Todesfälle durch verkehrsbedingte Luftverschmutzung als in Europa, den USA und Japan zusammen. Zudem werden unzählige Menschen deshalb an Herz-, Kreislauf- und Krebserkrankungen leiden.

Schweizer Rohstoffhandelsfirmen sind zentrale Akteure im Geschäft mit schwefelreichen Treibstoffen in Afrika. Vitol, Trafigura und Addax&Oryx Group besitzen eigene Tankstellennetze oder sind an diesen beteiligt. Im Grosshandel, also der Lieferung von Diesel und Benzin an afrikanische Importeure und Tankstellenbetreiber sind aber auch die Schweizer Firmen Glencore, Mercuria, Gunvor und Litasco aktiv. Die Firmen handeln nicht nur mit diesem minderwertigen und gesundheitsschädlichen Treibstoff, der als „African Quality“ bezeichnet wird, sie stellen ihn auch selber her.

#### *Was würde die Konzernverantwortungsinitiative ändern?*

Treibstoffstandards sind in weiten Teilen Afrikas viel schwächer als in Europa, weshalb der Verkauf von „Dirty Diesel“ legal ist. Müssten die Rohstoffhandelsfirmen eine menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung durchführen, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative verlangt, wären sie aber gezwungen, die Risiken für das Recht auf Gesundheit anzuerkennen und Massnahmen dagegen zu ergreifen. Sie müssten stattdessen sauberere Produkte liefern. Das ist problemlos und ohne grosse Mehrkosten möglich, denn heute schon verkaufen dieselben Firmen in Europa und den USA, wo es strenge Standards gibt, schwefelarme Treibstoffe.

Mehr Infos : [www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)

### **Tödliches Benzol in der Handy-Produktion**



Das giftige Benzol wird in der Produktion von Mobiltelefonen und anderen IT-Geräten benutzt – mit fatalen Folgen: Allein in China sind bis heute rund 100'000 Menschen an den Folgen einer Benzolvergiftung gestorben. Die Substanz wird unter anderem in der Endphase der Mobiltelefonproduktion eingesetzt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind dabei kaum geschützt und ungenügend über die Gesundheitsrisiken informiert, die im Umgang mit dem toxischen Stoff bestehen. Resultat: alle fünf Stunden erleidet in China eine Arbeiterin oder ein Arbeiter eine Benzolvergiftung.

Die vier grössten Schweizer Handy-Verkäufer (Swisscom, Sunrise, Salt, Mobilezone) nehmen ihre Verantwortung in Bezug auf Benzol zu wenig wahr: Sie haben keine expliziten Richtlinien zur Verwendung von Benzol bei ihren Lieferanten. Bis im Oktober 2016 anerkennt nur Swisscom das Problem und zieht entsprechende Massnahmen in Betracht. Sunrise zögert. Salt und Mobilzone jedoch stellen sich taub und streiten jegliche Verantwortung ab.

### *Was würde die Konzernverantwortungsinitiative ändern?*

Die Initiative würde die Schweizer Mobiltelefon-Verkäufer verpflichten, eine Sorgfaltsprüfung in ihrer Lieferkette durchzuführen. Das würde bedeuten, dass sie eine Strategie vorlegen müssten, wie Benzol aus der Produktion verbannt werden kann. Dazu gehörten Gespräche mit Markenfirmen und eigene Audits in den Produktionsbetrieben. Alternativen zu Benzol sind vorhanden. Sie sind weniger gefährlich für die Gesundheit und kosten weniger als einen Franken mehr pro Telefon.

Mehr Infos: [www.sehen-und-handeln.ch/benzol](http://www.sehen-und-handeln.ch/benzol)

### **Credit Suisse finanziert den Bau einer Pipeline in Indianerreservat**



Seit Frühling 2017 fliesst Öl durch die North Dakota Access Pipeline (DAPL) in den USA – dies obwohl betroffene Indigene und WasseraktivistInnen vor Ort monatelang gegen das Projekt protestiert haben. Sie kämpften gegen die Öl-Pipeline, weil sie die Haupttrinkwasserquelle der lokalen indigenen Bevölkerung der Standing Rock Sioux und weiteren 17 Millionen Menschen flussabwärts gefährdet. Durch den Bau der Pipeline wurden zudem wichtige Kulturstätten zerstört.

Eine umfängliche Umweltverträglichkeitsprüfung liegt nicht vor und die indigene Bevölkerung wurde ungenügend zum Projekt konsultiert – obschon dies die UN Erklärung über die Rechte indigener Völker verlangt. Wiederholt forderten daher UN-Vertreter die US-Regierung auf, das Projekt zu stoppen. Eine internationale Bewegung forderte die GeldgeberInnen der Baufirmen auf, die Finanzierung zu stoppen. Als Folge davon zogen sich diverse Finanzinstitute aus dem Projekt ganz oder teilweise zurück oder kritisierten es zumindest öffentlich deutlich.

Nicht so die Credit Suisse: Entgegen aller Kritik und wachsendem öffentlichem Bewusstsein für die Menschenrechtswidrigkeit des Projekts führte sie die Geschäftsbeziehungen zu den für den Bau der Pipeline verantwortlichen Firmen Sunoco, ETE und ETP, oft als „Energy Transfer Family“ umschrieben, weiter und intensivierte sie sogar: Sie sprach Kreditlinien, hatte Beratungs- und Administrationsfunktionen inne, ermöglichte Transaktionen und verwaltete Aktien. Dies notabene, obschon die Bank die Öl-Pipeline als Hochrisiko-Projekt klassifiziert und laut ihren internen Richtlinien keine Firmen unterstützen dürfte, deren Öl-oder Gasprojekte Menschenrechte, insbesondere indigener Gruppen, verletzen.

### *Was würde die Konzernverantwortungsinitiative ändern?*

Wäre die Konzernverantwortungsinitiative jetzt schon in Kraft, wäre die Credit Suisse zu einer vollumfänglichen Sorgfaltsprüfung verpflichtet gewesen. Dabei wären die zahlreichen menschenrechtlichen Risiken – Verletzung des Rechts auf freie und informierte Mitbestimmung der indigenen Bevölkerung, Verletzung des Rechts auf Leben, Verletzung des Rechts auf ihr angestammtes Territorium und auf eine saubere Umwelt etc. – identifiziert worden. Die Credit Suisse wäre angesichts dieser Ausgangslage verpflichtet gewesen, sich bei den Baufirmen für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen und gegebenenfalls auf einen Baustopp zu drängen oder die Geschäftsbeziehungen abzubrechen, wenn sich die Situation nicht gebessert hätte. Die Crédit Suisse hätte zudem über die Risiken und die getroffenen Massnahmen transparent berichten müssen.

Mehr Infos : [www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)

**Syngenta: Tödliches  
Pflanzenschutzmittel**



Im Wissen, dass Paraquat in vielen Entwicklungsländern nicht sachgerecht verwendet werden kann, forciert Syngenta den Verkauf seines umstrittenen Pestizids auch in diesen Ländern.

Der Basler Konzern macht sich damit mitschuldig an Tausenden von Vergiftungs- und Todesfällen pro Jahr. Wegen seiner hohen Toxizität ist Paraquat in der Schweiz seit 1989 verboten und gilt als das tödlichste Herbizid weltweit. Die Zahl der Vergiftungen mit Pestiziden wird global auf über 1 Million pro Jahr geschätzt. Zehntausende davon enden tödlich.

Ein wesentlicher Teil dieser Vergiftungen ist auf die Anwendung von Paraquat zurückzuführen. Hauptursachen für die unzähligen Opfer sind fehlende Schutzkleidung und schadhafte Sprühgeräte. In vielen Fällen haben die Bauern und Bäuerinnen nicht die nötigen Mittel, um die notwendige Ausrüstung zu kaufen, oder das Tragen der Schutzkleidung wird durch das tropische Klima erschwert.

Auf Kritik reagiert der Konzern seit Jahren mit den immer gleichen Antworten: Bei korrekter Anwendung sei das Produkt ungefährlich und mit Schulungsprogrammen seien bereits Millionen von AnwenderInnen geschult worden. Dabei blendet Syngenta aus, dass eine korrekte Anwendung von Paraquat und die Einhaltung der notwendigen Sicherheitsstandards in den meisten Ländern eine Illusion sind – und dies auch durch die Schulungsprogramme nicht verändert werden kann.

*Was würde die Konzernverantwortungsinitiative ändern?*

Würde Syngenta eine anständige Sorgfaltsprüfung machen, würde auffallen, dass die Bedingungen für einen gefahrenlosen Einsatz von Paraquat nicht gegeben sind. Syngenta müsste auf den Verkauf verzichten und ein weniger tödliches Herbizid anbieten.

Mehr Infos: [www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)

- 
- 1 Quelle: Kamminga 2015, basierend auf 1877 Vorwürfen von 2005 – 2014 auf [business-humanrights.org](http://business-humanrights.org)
  - 2 Menno T. Kamminga, Utrecht University, Company Responses to Human Rights Reports: An Empirical Analysis. Die daraus stammenden nach Heimatland aufgeschlüsselten Zahlen wurden hier mit Daten der Weltbank zum BIP angereichert.